

Gemeinderat will Vorberatungen ohne Zuhörer und Schaufensterreden

Mehrheit der Stadträte schätzen sachliche Aufarbeitung der Themen – Grüne sprechen von Anachronismus

HEILBRONN Die Vorberatungen von kommunalen Themen in den Ausschüssen mit Beschlussrecht finden in Heilbronn auch weiterhin ohne Öffentlichkeit statt. Dies hat die Mehrheit des Gemeinderates gegen neun Stimmen beschlossen.

Die Grünen hatten in der jüngsten Sitzung des Gremiums beantragt, dass die Regel künftig umgedreht wird: So sollten die Ausschüsse in der Regel öffentlich vorberaten. Damit hätte trotzdem die Möglichkeit bestanden, „aus strategischen, inhaltlichen Gründen“ oder

wenn gesetzliche Geheimhaltungsvorschriften dies erforderten, Themen nicht öffentlich zu beraten.

Grünen-Fraktionschefin Susanne Bay hatte um mehr Öffentlichkeit geworben. Heilbronn sei inzwischen bei Transparenz und Bürgerbeteiligung „an der Spitze der Bewegung“. Deshalb erschien ihr die Vorberatung hinter verschlossenen Türen als Anachronismus. Acht weitere Stadträte auch aus anderen Gruppierungen schlossen sich an.

Oberbürgermeister Harry Mergel argumentierte dagegen: So man-

cher Stadtrat habe es „schätzen gelernt, frei seine Meinung zu bilden“, zudem sei durch die Nichtöffentlichkeit auch der Austausch zwischen den Fraktionen möglich. Fälsche das Votum des Ausschusses aber in der Öffentlichkeit, so griffen die Ausschuss-Mitglieder der ganzen Fraktion vor. „Die öffentliche Debatte eines Themas aber findet im Gemeinderat statt“, sagte Mergel.

Geänderte Hauptsatzung Aufgabe der Vorberatung sei, „die Entscheidung des Gemeinderates möglichst

sachlich vorzubereiten“, sagte CDU-Stadtrat Albrecht Merkt. Rainer Hinderer begründete die Haltung der SPD mit der Furcht „vor mehr Schaufensterreden.“ In der Nichtöffentlichkeit liege die Chance „zu mehr Offenheit“, außerdem könne man dann „auch mal querdenken“. Michael Link (FDP) fürchtete, „dass dann eben vorgelagerte Gespräche stattfinden“. Malte Höch (FWV) sah in der Nichtöffentlichkeit auch eine „Fürsorgepflicht“. Er wies den Zungenschlag zurück, „als wollten wir etwas verheimlichen“.

Mit der geringen Zuhörerzahl bei den stets öffentlichen Ratssitzungen ging Höch ins Gericht: „Wo ist denn die Öffentlichkeit? Die möchte ich hier gerne sehen.“

Mit einer geänderten Hauptsatzung legte der Gemeinderat fest, dass nicht nur Stadträte ihre Kosten für Betreuung und Pflege von Kindern und Angehörigen ersetzt bekommen, damit sie Sitzungen besuchen können. Auch Ehrenamtliche, die zur Beratung hinzugezogen werden, erhalten künftig diese Entschädigung. *iba*